Die Linke Baden-Württemberg

3. Tagung des 9. Landesparteitag

17.-19. Oktober 2025
in der Filderhalle in Leinfelden-Echterdingen

Antragsheft 2

Antrag P01: Diäten deckeln, Mandatszeit begrenzen

Antrag I01: Arbeitsplätze und Klima retten

Antrag I02: Gegen kommunale Kürzungen

Antrag P1

Antragsteller*in:
Antragstellende Kreisverbände:

KV Calw-Freudenstadt; KV Bodenseekreis; KV Reutlingen; KV Tübingen; KV Karlsruhe; KV Pforzheim; KV Ravensburg; KV Waldshut; KV Freiburg; KV Ulm; KV Heidelberg/Badische Bergstraße; KV Mannheim; KV Stuttgart; KV Konstanz; KV Schwäbisch Hall/Hohenlohe; KV Göppingen
Antragstellende Einzelpersonen:
Sander Frank (Delegierter); Patrick Schorer (Mitglied im Landesvorstand); David Rizzotto (Delegierter und Mitglied im Landesvorstand); Isabell Fuhrmann (Delegierte, Mitglied im Landesvorstand); Aynur Karlikli (Mitglied im Landesvorstand); Utz Mörbe (Mitglied im Landesvorstand); Kim Sophie Bohnen (Mitglied im Landesvorstand); Amelie Vollmer (Mitglied im Landesvorstand); Katharina Poppei (Delegierte); Mersedeh Ghazaei (Delegierte); Sebastian Stark (Delegierter); Martin Auerbach (Delegierter); Nina Eisenmann (Delegierte); Marcel Bauer (Mitglied des Landesvorstands und MdB); Luigi Pantisano (Mitglied des Landesvorstands und MdB); Anne Zerr (Delegierte und MdB); Johannes Schmidt (Delegierter); Sabine Skubsch (Delegierte); Jürgen Creutzmann (Delegierter); Hans Then Díaz (Delegierter); Rudolf Bürgel (Delegierter); Elwis Capece (Landessprecher); Mirko Boysen (Delegierter)
Weitere Unterstützer*innen:
Ellena Schumacher Kölsch; Saltanat Abduvaliev; Marvin Weiß; Sarah Schnitzler; Jessica Knapp; Ursel Beck; Thomas Walz; Tim Wetzel; Vinzenz Glaser (MdB); Helena Pantilidis (Kreissprecherin KV Freiburg)

Diäten deckeln, Mandatszeit begrenzen: Die Linke als glaubwürdige Anti-Establishment-Partei stärken!

Die 3. Tagung des 9. Landesparteitages des Landesverbandes Baden-Württemberg der Partei Die Linke möge beschließen:

1. Der Landesverband Baden-Württemberg erwartet von allen Landtags- und Bundestags-Mandatsträger*innen im Landesverband Baden-Württemberg der Partei Die Linke, ihre Abgeordnetendiät in Anlehnung an den Durchschnittslohn des jeweiligen Vorjahres (derzeit 2.950€ netto monatlich) zu deckeln.[1]

2. Der darüber liegende Betrag wird nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben, erhöhten Beiträgen politischer Vereinsmitgliedschaften, individuellen Familien- und Kinderkosten (siehe Punkt 6) sowie Abgaben an die Partei für die politische Arbeit vor Ort; Sozial- und Bewegungsfonds oder andere Projekte gegeben, die den Zielen der Partei dienen, linke Strukturen aufzubauen und den gesellschaftlichen Widerstand gegen Ausbeutung und Unterdrückung zu stärken.

[1] Quelle: https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Verdienste/Verdienste-Branche-Berufe/_inhalt.html

3. Längerfristig beauftragt der Landesparteitag den Landesvorstand ein Konzept für einen landesweiten Sozial- und Bewegungsfonds zu entwickeln, sodass die Ressourcen für die politische Arbeit aller KVs und nicht nur derer der Mandatsträger*innen zugänglich sind.

4. Die baden-württembergischen Landtags- und Bundestagsabgeordneten sollen die Kostenpauschale nicht als zweites Gehalt verwenden, sondern zur Finanzierung von Wahlkreis- und Regionalbüros in unserem Landesverband, für die politische Arbeit und mit dem Mandat verbundene Mehraufwendungen. Die Mandatstragenden stellen gegenüber dem Kreisverband Transparenz her und legen mindestens einmal jährlich Rechenschaft über die Verwendung der Mittel ab.

5. Der Landesparteitag fordert den Landesvorstand auf, noch vor der Landtagswahl in Absprache mit den Kreisverbänden und Kandidierenden festzulegen, welche Büros im Falle eines Einzugs in den Landtag in welcher Reihenfolge eröffnet werden sollen.

6. Mandatstragende mit Ehe- und Lebenspartner*innen sowie Kindern bis 18 Jahren nach individuellen Bedürfnissen einen zusätzlichen Betrag für Sorgearbeit der Lebenspartner*innen (falls sie durch das Mandat ihre Arbeitszeit zur Kinderbetreuung reduzieren müssen) und Kinderbetreuungskosten zuzusprechen. Dies gilt ebenfalls für zu pflegende Angehörige. Auch bei Mandatstragenden, die aus verschuldeten Familien oder Familien mit stark eingeschränkten finanziellen Mitteln kommen, werden entsprechende Ausnahmeregelungen getroffen. Die Höhe wird entsprechend der jeweiligen sozialen und familiären Situation individuell in Absprache mit dem Landesverband definiert. Über die Höhe des zusätzlichen Beitrags ist Einvernehmen mit dem Landesvorstand herzustellen. Es wird darauf geachtet, dass es diskriminierungssensible Lösungen für Mandatstragende gibt.

7. Die zukünftige Landtagsfraktion wird aufgefordert, den Abgeordneten keine Funktionszulagen für Ämter wie Fraktionsvorsitz, stellvertretenden Fraktionsvorsitz oder parlamentarische Geschäftsführung in der Landtagsfraktion bereitzustellen.

8. Als Landesverband bekennen wir uns zur Mandatszeitbegrenzung auf zwei Legislaturperioden und erwarten dieses Bekenntnis auch von unseren Landtags- und Bundestagskandidierenden und -abgeordneten.

Begründung des Antrages:

Die Linke versteht sich als politische Vertretung der Klasse der Arbeitenden, der Rentner*innen, der Besitzlosen - all jener die unter Ausbeutung und Unterdrückung durch das kapitalistische System leiden. Als Mitglieder der Linken streiten wir für eine gerechtere Gesellschaft

und ein gutes Leben für alle. Unsere Abgeordneten haben dabei eine herausgehobene Stellung innerhalb des demokratischen Systems der Bundesrepublik. Sie haben Zugriff auf politische Macht über den Landtag, ihnen stehen erhebliche finanzielle Ressourcen zur Erfüllung unseres Mandats zur Verfügung und die Medienöffentlichkeit ist grundsätzlich geneigter ihren Worten Gehör zu verschaffen. Zusammengefasst: Sie haben verglichen mit anderen Jobs erhebliche immaterielle Privilegien und verglichen mit normalen Parteimitgliedern erhebliche politische Macht.

Als Linke lehnen wir die hierarchische Gliederung der Gesellschaft in Herrschaftseliten und Beherrschte ab. Wir arbeiten in den Parlamenten, um innerhalb des Systems für eine Demokratisierung der Verfügungsgewalt über unser aller Leben zu kämpfen und Perspektiven für eine Gesellschaft jenseits von Ausbeutung & Unterdrückung zu entwickeln. Die Arbeit im Parlament und mit der Partei ist dabei ein großes Privileg, eine große Verantwortung und mitunter auch eine große Belastung.

Glaubwürdigkeit und Anti-Establishment: Wir sind hier, um mit Herzblut etwas in der Welt zu verändern und nicht, um Karriere zu machen. Wir wollen außerdem, dass unsere Mandatsträger*innen nicht nur die Lobby der arbeitenden Menschen im Parlament sind, sondern Teil der arbeitenden Klasse und in ihr verankert. Wir sind uns bewusst, dass die Mechanismen des Parlamentarismus zu einer Entkoppelung vom Leben der arbeitenden Menschen führen. Es ist ein strukturelles Problem des Parlamentarismus und kein individuelles Versagen von Mandatsträger*innen, wenn die Logik der Sachzwänge und der parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse in den Fokus gedrängt – und die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, das Erkämpfen von realen Verbesserungen durch gesellschaftlichen Druck und der Aufbau von sozialistischer Gegenmacht von unten aus dem Blick verdrängt werden. Eine Mandatszeitbegrenzung schützt uns kollektiv und unsere Mandatsträger*innen im Einzelnen vor diesem Prozess der Verparlamentarisierung.

Abgehobene Gehälter führen zu abgehobener Politik. Das Recht auf ein gutes Leben schließt auch diejenigen ein, die den Großteil ihrer Lebenszeit auf die politische Tätigkeit verwenden. Der Aufwand, der mit der Erfüllung eines politischen Mandats einhergeht, darf nicht dazu führen, dass sich die Lebenssituation der Menschen, die es übernehmen und ihrer Familien verschlechtert. Gleichzeitig darf die Aufnahme eines politischen Mandats aber keine Aufwertung des eigenen Lebensstandards über den gesellschaftlichen Durchschnitt hinaus absichern. Die Mandatstragenden sollten in der Ausübung ihres Mandats zwar unabhängig von finanziellen Nöten sein, aber sie dürfen auch nicht vom Mandat abhängig werden. Wir entscheiden uns daher gemeinsam zu einer individuellen Begrenzung der Abgeordnetendiäten. Dabei orientieren wir uns am Durchschnittsnettolohn in der Bundesrepublik und berücksichtigen die individuelle Lebenssituation.

Durch die Gehaltsdeckelung streiten wir gemeinsam und für die Bevölkerung glaubwürdig für ein gutes Leben für alle und machen deutlich, dass wir Politik anders machen wollen. Durch die Mandatszeitbegrenzung stellen wir sicher, dass sich unsere Abgeordneten nicht als Berufspolitiker*innen im Parlament verlieren, sondern fest verankerter Teil der arbeitenden Klasse bleiben. Gemeinsam leben wir heute eine andere Politik – damit wir morgen gemeinsam eine bessere Welt erkämpfen können!

Antrag I1

Antragsteller*in: **Antikapitalistische Linke (AKL) Baden-Württemberg (Landessprecher*innenrat)**

Arbeitsplätze und Klima retten
Produktion raus aus Unternehmerhand
Autokonzerne in Gemeineigentum und Konversion der Produktion

Der Grund für die Krise der Autoindustrie ist die weltweite Überproduktion von Autos. Diese Überproduktion wird verursacht durch das chaotische kapitalistische System mit seinem Privateigentum an Produktionsmitteln, Produktion für Profit und Konkurrenzkampf.

Jeder Konzern, jeder Nationalstaat versucht auf Kosten der Konkurrenz seinen Markt zu verteidigen bzw. zu vergrößern.

I. Wir kämpfen

1. Gegen die Abwälzung der Verluste der Krise der Autoindustrie auf die Beschäftigten. Erhalt aller Arbeitsplätze. Keine Absenkung der Löhne.
2. Für eine 30-Stunden-Woche für alle bei vollem Lohn- und Personalausgleich statt Arbeitsplatzvernichtung und Arbeitsverdichtung
3. Gegen Steuergelder für greenwashing der Autoindustrie. Keine Sozialisierung der Verluste und Privatisierung der Gewinne.
4. Für die Überführung der Autokonzerne in Gemeineigentum unter demokratischer Verwaltung und Kontrolle durch demokratisch gewählte Vertreterinnen aus Belegschaften und Gewerkschaften
5. Für ein Ende der Produktion von ressourcenverschwendenden und klimaschädlichen Autos. Strenge Nachhaltigkeitkriterien und energieeffiziente Antriebe für die Produktion von Autos und LKWs
6. Für einen ökologisch sinnvollen Produktionsplan zur Umstellung der Autoindustrie auf alternative Verkehrsmittel und andere gesellschaftlich sinnvoll Produkte.
7. Für eine Bürger:innenbahn mit massivem Ausbau der Infrastruktur und mehr und besser bezahltem Personal. Entlassung des Bahnvorstands und Auflösung des Aufsichtsrats und Übernahme der Verwaltung der Bahn durch ein demokratisch gewähltes Komitee aus Belegschaft, Bahngewerkschaften EVG und GDL, Bündnis Bahn für alle, Pro Bahn, Aktionsbündnis gegen Stuttgart 21 u.a.
8. Für einen Nulltarif im öffentlichen Nahverkehr und massive Absenkung der Tarife im Regional- und Fernverkehr.
9. Für den Einsatz der gewerkschaftlichen Kampfkraft zur Verteidigung aller Arbeitsplätze, zur Entmachtung der Konzerne wie es § 2, Abs. 4 der IGM-Satzung vorsieht und für eine Verkehrswende im Interesse von Beschäftigten, Klima, Umwelt und Gesellschaft.
10. Für eine sozialistische Demokratie, in der Banken und Konzerne in öffentlichem Eigentum sind und die Beschäftigten durch demokratische Selbstorganisation Wirtschaft und Gesellschaft leiten.

II. Wir unterstützen die „Aktionszeitung – für eine Verkehrsindustrie mit Zukunft“ (https://aktionszeitung.de/) und beteiligen uns an ihrer Verbreitung

Begründung:

Die Autoindustrie in Deutschland steckt in der Krise. Fast täglich liefern Autokonzerne und Zulieferer neue Horrorzahlen zur Vernichtung von Arbeitsplätzen, Kurzarbeit, Arbeitszeitverkürzung mit Lohnkürzungen, Produktionsverlagerung in Niedriglohnländer. Die Krise der Autoindustrie führt auch zu weniger Gewerbesteuerzahlungen für die Kommunen und folglich weniger Geld für Schulen, Krankenhäuser, Kitas und die öffentliche Infrastruktur.

Überproduktionskrise

Die Überproduktionskrise ist der Hintergrund für die von Trump verhängten Zölle, die die deutschen Autoexporte hart treffen. Gleichzeitig machen die technologisch überlegenen chinesischen Autokonzerne den deutschen Herstellern in China und Europa Konkurrenz. Noch stärker als die Absätze sind aufgrund von Zöllen, Abwertung des Dollars und Konkurrenzdruck die operativen Gewinne eingebrochen. Bei Porsche waren es im zweiten Quartal 2025 91% und bei Mercedes 70% weniger Gewinn.

Keine Abwälzung der Krise auf die Beschäftigten

Wenn es nach den Aktionär:innen und Manager:innen der Autokonzerne geht, werden die Kosten der Krise rigoros auf die Beschäftigten abgewälzt. Bereits im Juli 2024 hat der weltweit zweitgrößte Autozulieferer **ZF** die Vernichtung von 14.000 der insgesamt 58.000 Arbeitsplätzen in Deutschland bis 2028 angekündigt. **Bosch** hat 2024 in Deutschland 4.400 Arbeitsplätze abgebaut und verkündete Anfang 2025 den Abbau von weiteren 12.000 Stellen. **Daimler** folgte im März 2025 mit der Ankündigung bis 2027 5 Milliarden Kosten jährlich einzusparen. Die Kapazitäten von 100.000 Autos sollen nach Ungarn verlagert werden. Insider sprechen von 20.000 Arbeitsplätzen, die bei Daimler bundesweit abgebaut werden sollen. Bei Daimler-Truck sollen bis Ende 2030 eine Milliarde Kosten eingespart werden. Dadurch droht der Abbau von 5.000 der 35.000 Arbeitsplätzen in Deutschland. Zeitgleich mit Daimler hat **Porsche** im Frühjahr 2025 ein Sparprogramm aufgelegt. In 2024 und 2025 wurden bereits 2.000 Leiharbeiter:innen entlassen. Obendrauf wurde der Abbau von 1.900 Arbeitsplätzen vereinbart. Im Tochterunternehmen Cellforce in Kirchentellinsfurt entlässt Porsche 200 Beschäftigte.

Betriebsbedingte Kündigungen

Überall sollte der Abbau von Arbeitsplätzen ohne betriebsbedingte Kündigungen stattfinden. Dafür mussten die Belegschaften weitere Abstriche bei übertariflichen Zulagen und anderen erkämpften Errungenschaften machen. Die Tinte unter den Vereinbarungen für Arbeitsplatzvernichtung und Lohnkürzungen ist noch nicht trocken, der „freiwillige“ Arbeitsplatzabbau noch nicht umgesetzt, werden weitere Kürzungsprogramme verkündet. Mitte Juli 2025 hat Porsche aufgrund des weiteren Absatzrückgangs in den USA und China ein weiteres Sparprogramm verkündet. Bei Daimler scheint es aufgrund des weiteren Absatzrückgangs nur eine Frage der Zeit zu sein, bis weitere Angriffe auf die Belegschaft folgen. Bosch schließt 2026 seine Werkzeugfabrik in Leinfelden-Echterdingen bzw. verlagert sie ins Ausland. Dadurch gehen 500 Jobs verloren. Auch für Schwäbisch Gmünd hat Bosch mit dem Betriebsrat der Abbau von 1.750 Stellen vereinbart. Das gesamte Werk gilt jedoch als hochgradig gefährdet. Bei ZF hat ein Manager bei einer Betriebsversammlung im Juli 2025 weitere Lohnopfer verlangt und davon gesprochen, dass trotz

aller Kürzungen und dem bereits vereinbarten „freiwilligen“ Stellenabbau von betriebsbedingte Kündigungen nicht mehr ausgeschlossen seien. Das hat den Unmut der Belegschaft provoziert und zu einer Protestaktion von 12.000 Beschäftigten an mehreren ZF-Standorten geführt. Auch bei Bosch haben im März 2024 bundesweit 25.000 Beschäftigte demonstriert. Die größte Protestkundgebung fand mit 10.000 Beschäftigten am Bosch-Hauptsitz auf der Schillerhöhe in Gerlingen statt. Viele kleinere Zuliefererbetriebe in Baden Württemberg wurden bereits oder werden geschlossen.

Es geht nicht um den Antrieb, es geht um die gesamte Produktion

Die Überkapazitätskrise der Autoindustrie fällt zusammen mit der Klimakatastrophe. Um die CO_2-Emissionen zu reduzieren, muss der Individualverkehr drastisch reduziert werden.

Batterieelektrisch betriebene Autos sind keine Zukunftstechnologie für die Sicherung von Arbeitsplätzen und für die Rettung des Klimas. Beim Bau von E-Autos entsteht mehr CO_2 als bei Verbrennern. Da der Strom nur zum Teil aus erneuerbaren Energien stammt, sind E-Autos auch im Betrieb nicht CO_2-frei. Der Bau der geplanten Million Ladepunkte bis 2030 emittiert viel CO_2. Der Abbau von Rohstoffen, die für E-Autos gebraucht werden, hat in der neokolonialen Welt desaströse ökologische und soziale Folgen. Alle anderen Schäden des Individualverkehrs gelten auch für das E-Auto: Verkehrstote, Verletzte, Flächenverbrauch, Lärm, Feinstaub, Mikroplastik durch Reifenabrieb. Die angebliche Transformation ist Propaganda fürs Greenwashing im Dienste der Profite der Autokonzerne und für den Abbau von Arbeitsplätzen.

Umstellung der Autoindustrie auf gesellschaftlich sinnvolle Produktion statt auf Rüstungsproduktion

Es macht keinen Sinn weiter massenhaft Autos zu produzieren, die niemand braucht, während nicht genügend Kapazitäten für dringend benötigte Fahrzeuge des öffentlichen Verkehrs (Schienenfahrzeuge, Busse) zur Verfügung stehen. Es macht keinen Sinn die Arbeitskraft der Ingenieur:innen, Softwareentwickler:innen und Produktionsarbeiter:innen in der Autoindustrie für immer mehr Schnickschnack und Software zur Hochrüstung von Autos und für Autonomes Fahren zu verschwenden, während Signalanlagen, Weichen und Stellwerke bei der Bahn völlig veraltet sind und zum Teil noch aus der Kaiserzeit stammen. Mit einer Konversion der Autoindustrie für vorrangig öffentliche Verkehrsmittel könnten die Arbeitsplätze und Qualifikationen der Beschäftigten in der Autoindustrie und das Klima gerettet werden. Statt dessen wird das Görlitzer ehemalige Alstom-Werk für Schienenfahrzeuge und Kapazitäten in der Autoindustrie auf Rüstungsproduktion umgestellt.Das lehnen wir ab. Im Juni hat der Wirtschaftsausschuss der Regionalversammlung Stuttgart mit großer Mehrheit die Aufnahme der Rüstung in das Förderprogramm der Region beschlossen. Die Linke hat natürlich dagegen gestimmt. Jede produzierte Waffe sucht einen Krieg als Abnehmer. Wir wollen einen guten öffentlichen Verkehr als garantierten Abnehmer für Fahrzeuge für den öffentlichen Verkehr. Wo Panzer produziert werden, können auch nützliche Fahrzeuge hergestellt werden. Wenn der Staat Panzer bestellen kann, kann er auch Schienenfahrzeuge bestellen.

Autokonzerne in Gemeineigentum

Grundvoraussetzung ist, die Abschaffung der Profitproduktion und des Konkurrenzkampfes durch Überführung der Autoindustrie in Gemeineigentum und demokratische Verwaltung und Kontrolle. Dann können die Gewinne und Ressourcen der Autoindustrie für eine Umstellung genutzt und eine ökologische, ressourcensparende und soziale Verkehrswende hin zu einem massiven Ausbau des öffentlichen Personen- und Güterverkehrs stattfinden. Die Produktion von Autos wird dadurch nicht komplett überflüssig. Aber es können weniger und energieeffiziente, schadstoffarme, langlebigere und nachhaltige Autos produziert werden.

30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich

Gegen Arbeitsplatzvernichtung und Arbeitsstress muss der Kampf aller Gewerkschaften für die 30-Stunden-Woche auf die Tagesordnung gesetzt werden. Der volle Lohn- und Personalausgleich muss dabei selbstverständlich sein. Sonst wird Arbeitszeitverkürzung für die Unternehmer:innen zum Instrument für Lohnsenkung und Arbeitsverdichtung und zur Erhöhung der Renditen.

Der Kampf um die Rettung der Arbeitsplätze in der Autoindustrie, gegen den geplanten Abbau von 30.000 Stellen bei der Bahn sowie eine Verkehrswende zur Rettung des Klimas ist für uns Teil des Kampfes für eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, in der die Bedürfnisse von Mensch und Umwelt bestimmen und nicht die Profitinteresse einer kleinen Minderheit.

Antrag I2

Antragsteller*in: **Antikapitalistische Linke (AKL) Baden-Württemberg (Landessprecher*innenrat)**

Mehr Geld für die Kommunen statt weniger
Für eine sozialistische Kommunalpolitik
Die Linke kämpft gegen kommunale Kürzungen

Wir schlagen den Kreis- und Ortsverbänden vor Bündnisse gegen kommunale Kürzungen aufzubauen und dafür ver.di und die anderen DGB-Gewerkschaften, Mieter:inneninitiativen, Beschäftigte von sozialen Einrichtungen der Stadt und der Freien Träger, Elterninitiativen, Migrant:innenorganisationen, Geflüchtetenorganisationen, Haupt- und Ehrenamtliche in der Geflüchtetenhilfe, Sportvereine, Kultureinrichtungen – alle von Kürzungen Betroffenen zu gewinnen. Diese Bündnisse aus Organisationen, Initiativen und Einzelpersonen können mit Flyern und über soziale Medien die geplanten Angriffe auf kommunale Ebene aufgreifen und dagegen Protestkundgebungen bei Gemeinderatssitzungen vor den Rathäusern organisieren. In regelmäßigen Bündnistreffen können Informationen ausgetauscht werden, Diskussionen organisiert und demokratische Entscheidungen über die Kampagne und Kampfschritte beschlossen werden. Mitglieder von Die Linke und ihre Abgeordneten können und sollten eine aktive Rolle beim Aufbau des Widerstands gegen kommunale Kürzungen spielen und dabei antikapitalistische und sozialistische Ideen verbreiten.
Das Landesbüro der Linken stellt Ressourcen zur Verfügung um den Kampf gegen kommunale Kürzungen zu unterstützen und zu vernetzen.
Die Linke unterstützt die Demonstrationen von ver.di in Baden Württemberg am 8. November gegen kommunale Kürzungen, mobilisiert dafür und produziert im Sinne dieses Antrags einen Flyer für diese Demonstrationen.

Grundsätze in unserem Kampf gegen kommunale Kürzungen sind:
1. Wir lehnen alle Kürzungen und Stellenstreichungen, die die Masse der Bevölkerung treffen, ab und stimmen auch keiner Kürzung zu, die abgemildert wurde. Es gibt keine gerechten Kürzungen.
2. Wir lehnen alle Gebühren- und Steuererhöhungen, die die Masse der Bevölkerung treffen, ab.
3. Wir lehnen die Umsetzung von geplanten Sanktionen gegen Bürgergeldempfänger:innen auf kommunaler Ebene ab. Wir verlangen die volle Refinanzierung der Kosten für Unterkunft. Gleichzeitig verlangen wir, dass das JobCenter Mietüberhöhungen der Vermieter*innen ahndet und Personal schult zur Überprüfung von Nebenkostenabrechnungen und verlangte Nachzahlungen verweigert, bis die Richtigkeit von Heiz- und Betriebskosten geklärt ist.
4. Statt öffentliche Dienstleistungen für die Bevölkerung zu verweigern, müssen Kommunen die Zahlung von Zinsen und Tilgung an die Banken verweigern.
5. Wir stimmen in Haushaltsberatungen für konkrete Verbesserungen und gegen Verschlechterungen, stimmen aber keinem städtischen Haushalt

in der Endabstimmung zu, weil es in keiner Stadt einen Haushalt geben wird, der unseren Vorstellungen und unseren Positionen entspricht. Unsere Gemeinde-, Kreis- und Regionalräte sind aufgefordert gegen prokapitalistische Haushalte zu stimmen und dies öffentlich zu machen und öffentlich zu begründen.

6. Wir verlangen mehr Geld für die öffentliche Daseinsvorsorge, sowohl für laufende Ausgaben als auch für Investitionen. Bei den Ausgabensteigerungen durch Inflation und Lohnerhöhungen im öffentlichen Dienst ist jeder Haushalt ohne Erhöhung der Ausgaben ein Kürzungshaushalt. Wir stellen konkrete Forderungen wie: mehr Personal für Kitas und Schulkindbetreuung, Sozialarbeiter:innen für jede Schule, Beschlagnahme von spekulativem Leerstand von Wohnungen, Nulltarif im ÖPNV, Maßnahmen und Gelder zur Armutsbekämpfung…

7. Wir beugen uns nicht den Sachzwängen leerer Kassen oder dem haushälterischen Machbaren, sondern gehen aus von den Bedarfen der Mehrheit der Bevölkerung und des Klimas (sorgende Städte, Klimaneutralität, Barrierefreiheit, Inklusion, kostenlose Mobilität, bezahlbare Wohnungen, Gesundheitsversorgung….)

8. Wir lehnen alle Ausgaben und Maßnahmen ab, die der Aufrüstung und Militarisierung der Gesellschaft dienen

9. Prestigeobjekte im Interesse der korrupten Bauwirtschaft und Banken und des lokalen Establishments lehnen wir ab.

10. Wir weisen das Argument zurück, Geflüchtete seien Schuld an der Krise der leeren Kassen der Kommunen und treten der Hetze von AfD und Neonazis entgegen. Der außerparlamentarische Kampf aller von Kürzungen Betroffenen – egal welches Geschlecht, welche Hautfarbe, welchen Pass, welche Religion, welche sexuelle Orientierung, welche Behinderung – eine Waffe im Kampf gegen AfD und Neonazis ist.

11. Wir erklären, dass die Einnahmen der Kommunen erhöht und nicht die Ausgaben gesenkt werden müssen. Dafür können die Kommunen die Gewerbesteuern erhöhen und für den Steuervollzug eigene Betriebsprüfer:innen einstellen, die jährlich die großen Gewerbesteuerzahler:innen prüfen. Auch die Besteuerung von unbebauten baureifen Grundstücken mit der vom Land neu geschaffenen Grundsteuer C ist in den Städten eine Steuerquelle. Die Bundesregierung muss den Kommunen mehr Geld zur Verfügung stellen und sich dieses Geld durch eine Vermögenssteuer bei den Reichen und durch Kürzungen im Rüstungshaushalt beschaffen.

12. Wir erklären, dass die Bürger:innenhaushalte, dort wo es sie gibt, Alibiveranstaltungen sind und fordern eine demokratische Aufstellung des städtischen Haushalts in dem die Bedarfe durch eine Konferenz von Vertreter:innen aus allen Bereichen zusammenkommen und ihre Bedarfe anmelden und auf dieser Grundlage ein durch die Stadtbevölkerung demokratisch entwickelter Haushalt verabschiedet wird, der von der Verwaltung – ohne Rücksicht auf Einschränkungen durch Regierungspräsidien umgesetzt und demokratisch kontrolliert werden muss. Nur so kann kommunale Selbstbestimmung und Demokratie verwirklicht werden und Druck auf den Bund aufgebaut werden, den Kommunen mehr Geld zur Verfügung zu stellen.

13. Wir erklären, dass die **Unterfinanzierung der Kommunen Teil der Umverteilungspolitik** von unten nach oben und die **Logik des Kapitalismus** ist. Deshalb führen wir den Kampf gegen kommunale Kürzungen und für eine bessere öffentliche Daseinsvorsorge mit dem Ziel

den Kapitalismus abzuschaffen und eine sozialistische Demokratie zu erkämpfen.
14. Wir erklären, dass es notwendig ist, dass die Gewerkschaften konsequent die Interessen der arbeitenden Klasse vertreten und gegen Kürzungen durch Kommunen, Länder und Bund ihre Kampfkraft in die Waagschale werfen und dabei notfalls auch das Mittel Streik einsetzen müssen. Wir tragen den Kampf gegen kommunale Kürzungen deshalb in die Betriebe und Gewerkschaften.
15. Wir werden uns bei der verstärkten Außenwirksamkeit im Landtagswahlkampf nicht auf Landesthemen beschränken. Wenn Gespräche auf konkrete Probleme vor Ort kommen, die oft die Folge kommunaler Kürzungen oder zu geringer Ausgaben der Kommunen sind, werden wir auch über Möglichkeiten kollektiver Gegenwehr reden und so einen Beitrag zum Kampf gegen kommunale Kürzungen leisten.

Begründung:
Das Geld für die Kommunen bei den Reichen holen
Die öffentliche Verschuldung ist 2024 auf 2.510,5 Milliarden Euro gestiegen. Bei den Kommunen war der Anstieg von 2023 auf 2024 mit 10,3% am höchsten. In vielen Kommunen gibt es bereits Nothaushalte oder Haushaltssicherungen bzw. der Haushalt der Städte, Gemeinde und Kreise wird davon diktiert nicht in einen Nothaushalt oder eine Haushaltssicherung zu rutschen. Vier von fünf Kommunen in Baden Württemberg sind nicht mehr in der Lage einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen.
Die Banken ziehen aus den Schulden der öffentlichen Haushalte jährlich zwischen 30 und 40 Milliarden Euro Profit. Dies muss durch Überführung der Banken in Gemeineigentum unter demokratischer Verwaltung und Kontrolle beendet werden. Erst das ermöglicht die Nutzung ihrer Ressourcen im Interesse der Beschäftigten und der Gesellschaft, statt für Profitproduktion und private Aneignung durch eine kleine Minderheit von Kapitalist:innen.
Die Ausgaben der Kommunen sind in den letzten Jahren stark gestiegen: Inflation bei den Sachausgaben und Investitionen, Tariferhöhungen im öffentlichen Dienst, zusätzliches Personal für Kinderbetreuung und andere notwendige Aufgaben, zusätzliche vom Bund auferlegte Aufgaben. Dafür gibt es keine Gegenfinanzierung durch höhere Steuern. Im Gegenteil. Die Steuereinnahmen brechen ein. Aufgrund der Krise der Exportindustrie brechen die Gewerbesteuern in den industriell geprägten Gemeinden in Baden Württemberg extrem ein. Allein in Stuttgart erwartet die Stadt einen Rückgang der Gewerbesteuern aus der Autoindustrie von 47% von 523 Millionen Euro im Jahr 2024 auf 278 Millionen Euro im Jahr 2025.
In den Kommunen gibt es bereits massive Kürzungen bei den laufenden Ausgaben bei gleichzeitiger Erhöhung der Gebühren für diese Leistungen. So werden die Öffnungszeiten der Kitas reduziert, die Qualität der Betreuung durch weniger Fachpersonal verschlechtert und gleichzeitig die Gebühren erhöht. Öffentliche Daseinsvorsorge wird mehr und mehr in die Familien verlagert und führt zur höheren Belastung für Frauen oder sogar zur Aufgabe deren Berufstätigkeit. Das Angebot im ÖPNV wird verschlechtert und gleichzeitig die Fahrpreise erhöht.
Der riesige Stau an Investitionen in den Kommunen wird nicht angegangen, sondern bereits geplante Investitionen in die soziale

Infrastruktur, den Ausbau des ÖPNV, die Sanierung und den Bau von Schulen und Sporthallen werden gestrichen. Gleichzeitig werden unsinnige und klimaschädliche Großprojekte im Profitinteresse von Bauträgern, Baukonzernen und dem örtlichen Establishment fortgeführt und neu geplant.
Bürgermeister:innen und Gemeinderät:innen aus etablierten Parteien verweisen auf die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen und protestieren verbal dagegen. Ihr Protest ist aber unglaubwürdig, weil sie die Sachzwänge, die ihre Regierungsparteien in der Landes- und Bundesregierung geschaffen haben, durch Kürzungshaushalte auf kommunaler Ebene umsetzen. Sie nutzen auch kommunale Spielräume nicht zur Reduzierung von Kosten, wie z.B. die Beschlagnahme von spekulativem Leerstand zur Unterbringung von Wohnungslosen und Geflüchteten oder den Verzicht auf Prestigeprojekte.
In einigen Städten gab es bereits in den letzten Monaten, spontane und auch erfolgreiche Protestaktionen, wie z.B. im Rems-Murr-Kreis gegen die Schließung von Schwimmbädern und die Streichung einer Schulbuslinie. An dieser Bereitschaft, gegen kommunale Kürzungen zu kämpfen, können wir anschließen. Ein Beispiel für einen erfolgreichen Kampf gegen kommunale Kürzungen, an dem wir uns orientieren können, gab es in Dresden. Hier wurde auf Initiative von Linke-Mitgliedern das Bündnis „Kürzungen? Nicht mit uns!“ aufgebaut mit dem Ziel angekündigte Kürzungen im städtischen Haushalt von 70 Millionen für 2025 und 80 Millionen Euro zu verhindern. Mit vielen Aktionen von Betroffenen wurde der Widerstand aufgebaut und gipfelte in einer Demonstration am 20.3.2025 von 3.000 Menschen vor dem Rathaus. Der Protest zeigte Wirkung. Nicht alle- aber viele Kürzungen wurden zurückgenommen. Die Kampagne findet sich im Internet unter https://www.kuerzungennichtmituns.de/

In den kommenden Monaten wird der Landtagswahlkampf für die Linke einen großen Stellenwert haben. Die Linke hat 2026 zum ersten Mal eine realistische Chance, in den Landtag Baden-Württemberg einzuziehen. Die Erfahrung lehrt, dass ein wichtiges Mittel, um Unterstützung für die Linke zu gewinnen, ist, den Gebrauchswert der Partei für die Masse der Bevölkerung zu zeigen. Da wir aber noch nicht im Landtag sind, können wir naturgemäß den Gebrauchswert von linken Landtagsabgeordneten noch nicht in der Praxis zeigen. Wir können aber auf kommunaler Ebene vorführen, wie Mandatsträger:innen ihre Mandate nutzen, um außerparlamentarische Proteste zu unterstützen, indem sie sie mit Informationen aus den Parlamenten versorgen, ihre Anliegen in die Öffentlichkeit tragen, indem sie ihren Zugang zu Medien nutzen etc. Wenn wir so arbeiten und dabei ankündigen, dass linke Landtagsabgeordnete ihre Mandate ebenso nutzen werden, ist das auch ein wertvoller Beitrag zum Landtagswahlkampf.
Das macht deutlich, dass zwischen dem Kampf gegen kommunale Kürzungen und Landtagswahlkampf kein Widerspruch besteht, sondern dass sie einander fruchtbar ergänzen.
Eine offensive Kampagne gegen kommunale Kürzungen, in der die Linke eine zentrale Rolle spielt und mit einem antikapitalistischen sozialistischen Profil auftritt, ist der beste Landtagswahlkampf und kann gerade wegen der Landtagswahl die anderen Parteien im Gemeinderat enorm unter Druck setzen.